

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

24. Juli 2017

### Ägypten

#### Todesurteile

Wegen der Ermordung des Generalstaatsanwalts Hischam Barakat im Juni 2015 wurden 28 mutmaßliche Islamisten am 22.07.17 zum Tode verurteilt. 38 Mitangeklagte erhielten Haftstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslänglich. Gegen 16 Angeklagte wurde in Abwesenheit verhandelt. Die Verurteilten sind nach Regierungsangaben Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi. Gegen die Urteile kann Berufung eingelegt werden.

### Afghanistan

#### UN-Bericht zu zivilen Opfern

In der vergangenen Woche veröffentlichte die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) den Halbjahresbericht 2017 über zivile Opfer im Konflikt. Hiernach entspricht die Zahl der zivilen Opfer vom 01.01.17 bis 30.06.17 in etwa der Zahl des Vergleichszeitraums 2016. Im ersten Halbjahr 2017 registrierte die UNAMA 5.243 getötete oder verletzte Zivilisten, im ersten Halbjahr 2016 waren es 5.267 (im gesamten Jahr 2016: 11.418).

Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen Bodenkämpfe die meisten Opfer forderten, wurden im ersten Halbjahr 2017 die meisten zivilen Opfer durch Sprengstoffanschläge bzw. damit kombinierte Angriffe verursacht. Die zweithäufigste Ursache waren Bodenkämpfe.

Die höchsten Zahlen ziviler Opfer registrierte UNAMA in den Provinzen Kabul, Helmand, Kandahar, Nangarhar, Uruzgan, Faryab, Herat, Laghman, Kunduz und Farah. Der Bericht enthält erstmals als Anlage eine Übersicht der Opfer in den einzelnen Provinzen.

#### Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in den vergangenen zwei Wochen folgende Provinzen betroffen: Helmand (Süden, hier sollen Regierungstruppen den Distrikt Nawa vollständig zurückerobert haben und eine koordinierte Offensive im Distrikt Greshk gestartet haben), Zabul, Uruzgan (Süden), Nangarhar (Osten, hier soll der IS ca. 70 % der Gebiets um Tora Bora besetzt halten), Faryab (Norden), Logar (Zentrum) sowie Ghazni (Südosten).

#### Anschläge und Übergriffe

Am 17.07.17 erschossen Unbekannte im Distrikt Khogyani der Provinz Nangarhar (Osten) einen Geistlichen. In der südlichen Provinz Nimroz (im Distrikt Chakhansoor) wurden zwei Polizisten bei einem Bombenanschlag getötet.

Am 18.07.17 starben bei Bombenanschlägen und Kämpfen in der Provinz Herat (Westen) drei Zivilisten.

Am 20.07.17 schlugen im Distrikt Paghman der Provinz Kabul mindestens sechs Raketen ein, ohne Personen- oder Sachschaden anzurichten. Der Vorfall ereignete sich in der Nähe des Wohnorts des früheren Parlamentsmitglieds und Mojahedin-Kommandanten Abdul Rab Rassoul Sayyaf, der die Taliban in jüngster Zeit heftig kritisiert hatte. In Nangarhar (Osten) verlor ein Mädchen beide Beine bei der Explosion einer an der Straße platzierten Bombe.

Bei einem Selbstmordattentat mit einer Autobombe wurden am 24.07.17 in einem mehrheitlich von Hazara bewohnten Viertel im Westen Kabuls 35 Menschen getötet und mehr als 42 verletzt. Bisher bekannte sich niemand zu dem Anschlag.

### **Neues Strafgesetzbuch enthält „Bacha Bazi“ als Straftatbestand**

Das afghanische Kabinett verabschiedete den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs, das u.a. die sexuelle Ausbeutung von Jungen (sog. Knabenspiele, genannt „Bacha Bazi“) unter Strafe stellt. Das Gesetz muss noch vom Parlament verabschiedet werden.

## **China**

### **Verbleib von Liu Xia unklar**

Nach dem Tod des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo (vgl. BN v. 17.07.17) sorgen sich Beobachter um seine in Hausarrest lebende Frau Liu Xia. Seit dem 15.07.17 gibt es kein Lebenszeichen von ihr. Die Behörden geben keine Auskunft über ihren Verbleib. Medienberichten zufolge sollen die Behörden sie am 19.07.17 für einen „Urlaub“ in die Provinz Yunnan gebracht haben. Diverse westliche Staaten sowie Menschenrechtsaktivisten riefen die chinesische Regierung auf, Liu Xia ausreisen zu lassen.

## **Irak**

### **Mossul: Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte**

Nach einer Reportage der Nachrichtenagentur AP vom 20.07.17 haben mehrere irakische Soldaten eingeräumt, erhebliche Menschenrechtsverletzungen einschließlich extralegalen Tötungen gegenüber mutmaßlichen IS-Anhängern bzw. Familienmitgliedern begangen zu haben. Aufgrund des Kampfes gegen den IS sei dies aber gerechtfertigt. Strafverfolgung befürchtete keiner der Interviewten.

### **Tal Afar: Rückzug des IS**

Anscheinend evakuiert der IS sein Personal aus der Stadt Tal Afar, so Erkenntnisse vom 23.07.17. Dies dürfte eine Reaktion auf größere Verluste durch präzisere Luftschläge in den letzten Wochen sein. Tal Afar ist eine zu großen Teilen schiitische, turkmenischsprachige Enklave in ansonsten sunnitisch-arabisch dominiertem Gebiet.

## **Iran/Irak**

### **Ausbau der Sicherheitszusammenarbeit**

Beide Staaten wollen in Sicherheitsfragen enger kooperieren. Iranische Medien meldeten am 23.07.17, dass ein Abkommen zur Zusammenarbeit gegen Terrorismus unterzeichnet wurde. Auch beim Grenzschutz und bei der Militärausbildung wird eine engere Kooperation angestrebt.

## **Israel/Palästinensische Autonomiegebiete**

### **Gewaltausbrüche auf Tempelberg**

Bei neuen Gewaltausbrüchen auf dem Tempelberg (Haram-al Sharif) in Jerusalem wurden am 20.07.17 mehr als 20 Palästinenser verletzt. Hintergrund der eskalierten Lage sind verschärfte Sicherheitskontrollen für Muslime am Tempelberg. Die Kontrollen mit Metalldetektoren, die von den Palästinensern abgelehnt werden, hatte Israel am 23.07.17 nach einem Attentat eingeführt. Bei diesem hatten drei israelische Araber am 21.07.17 zwei Polizisten an einem Zugangstor zum Tempelberg durch Schüsse tödlich verletzt. Anschließend wurden sie selbst erschossen. Palästinensische Vertreter hatten Muslime dazu aufgerufen, am 21.07.17 zum Gebet auf den Tempelberg zu kommen.

## **Kamerun**

### **AI: Massive Übergriffe auf mutmaßliche Boko-Haram-Mitglieder**

In einem am 20.07.17 veröffentlichten Report (Cameroon's secret torture chambers: Human rights violations and war crimes in the fight against Boko Haram) dokumentiert die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) die Fälle von 101 Personen, die zwischen März 2013 und März 2017 wegen des Vorwurfes, die islamistische Terrororganisation Boko Haram unterstützt zu haben, von den Sicherheitskräften heimlich festgehalten und schwer gefoltert worden seien. 32 der 101 Opfer gaben an, dass sie den Foltertod anderer Mithäftlinge beobachtet hätten. In den Fällen, bei denen es oft keine zureichenden Anhaltspunkte für ein Boko-Haram-Engagement gegeben habe, sei an über 20 Orten gefoltert worden. Die weitaus meisten Übergriffe hätten sich im Hauptquartier der militärischen Eliteeinheit BIR in Salak bei Maroua (Region Far North) sowie in einer Hafteinrichtung des Auslandsgeheimdiensts DGRE in der Nähe des Parlaments in Yaoundé ereignet. Laut Schätzung von ai wurden von Boko Haram seit 2014 in Kamerun über 1.500 Zivilisten getötet und eine Vielzahl entführt.

## **Katar**

### **Einlenken in der Golfkrise**

Im Streit mit mehreren arabischen Ländern hat Katar Änderungen an seiner Anti-Terror-Gesetzgebung verkündet. Der Emir unterzeichnete am 20.07.17 ein entsprechendes Dekret. Darin sollen zwei nationale Listen mit Einzelpersonen und terroristischen Einheiten enthalten sein. Verdächtige erhalten das Recht auf Einspruch, wenn sie auf einer der Listen vermerkt sind. Überdies werden Begriffe wie „Terrorist“, „terroristische Verbrechen und Einheiten“ sowie „Finanzierung des Terrorismus“ definiert. Mit diesen Änderungen soll die Golf-Krise entschärft werden. Saudi-Arabien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten hatten am 05.06.17 ihre diplomatischen Beziehungen zu Katar abgebrochen und eine Verkehrs- und Handelsblockade verhängt. Sie werfen Katar eine Unterstützung von Terrorgruppen und eine zu große Nähe zu Iran vor.

## **Marokko**

### **Massendemonstration in Al Hoceima verhindert**

Am 20.07.17 verhinderten Sicherheitskräfte mit Blockaden den Zugang vieler potenzieller Demonstranten zur Stadt Al Hoceima (Norden), die am Protestmarsch gegen Mängel im Bildungs- und Gesundheitswesen, Korruption und Behördenwillkür sowie für die Freilassung von Regierungskritikern teilnehmen wollten. Bei der Auflösung der Demonstration unter Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken warfen Protestierende mit Pflastersteinen. Elf Demonstranten und mehr als 70 Sicherheitskräfte sollen verletzt worden sein. Der seit langem geplante Marsch war von der Regionalregierung verboten worden, weil die Veranstalter fürchteten, eine Massendemonstration nicht kontrollieren zu können.

## **Nigeria**

### **Boko Haram: Selbstmordanschläge in Maiduguri**

Am 17.07.17 sprengte sich laut Polizeiangaben eine Selbstmordattentäterin bei einer Moschee im Vorort London-Ciki der Stadt Maiduguri in die Luft. Bei dem Anschlag wurden acht Personen getötet sowie 18 verletzt. Wenige Stunden vorher war bereits der Sprengstoffgürtel einer weiteren Attentäterin am Stadtrand von Maiduguri explodiert, nachdem die Polizei auf sie geschossen hatte. Am 16.07.17 stellte die Polizei zwei jugendliche Selbstmordattentäterinnen, die in das Dorf Mammati (bei Maiduguri) eindringen wollten. Hierbei explodierten die Sprengstoffgürtel der Attentäterinnen und töteten sie.

## **Pakistan**

### **Todesurteil wegen Gotteslästerung auf Facebook**

Ein Gericht in Bahawalpur (Punjab) hat einen Mann aufgrund einer Debatte auf Facebook über den Islam und den Propheten wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt.

## **Philippinen**

### **Kriegsrecht verlängert**

Am 22.07.17 stimmte das Parlament der von Präsident Rodrigo Duterte geforderten Verlängerung des Kriegsrechts auf der Insel Mindanao (rd. 95.000 qkm) bis zum 31.12.17 zu. Duterte hatte über diese Insel für 60 Tage das Kriegsrecht verhängt, nachdem islamistische Rebellen im Mai 2017 die Stadt Marawi angegriffen hatten. Der Konflikt um die Stadt dauert an. Mehr als 500.000 Menschen sind bisher aus ihr und dem Umland geflohen, fast 600 Menschen bislang getötet worden.

## **Somalia**

### **Anschläge**

Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für die Ermordung eines somalischen Soldaten in Beledweyne (Region Hiiraan) am 16.07.17, für Anschläge mit Sprengfallen auf somalische und kenianische Soldaten nahe Kismayo (Region Juba) am 16.07.17 (unbestätigt), auf AMISOM-Soldaten nahe der Stadt Mahaday (Middle Shabelle) am 17.07.17, auf einen Konvoi der somalischen Streitkräfte in Yantoy (Region Lower Juba) am 19.07.17 sowie für den Beschuss des Flughafens in Jowhar (Region Middle Shabelle) mit Mörsergranaten am 21.07.17. Mindestens vier Soldaten eines Konvois der Interim South West Administration (Regionen Bay, Bakool and Lower Shabelle) starben am 23.07.17 bei der Explosion einer Sprengfalle nahe Baidoa (Region Bay), mehrere wurden verletzt. Auch zu diesem Anschlag bekannte sich al-Shabaab.

### **Kampfhandlungen**

Kenianische Flugzeuge griffen am 16.07.17 al-Shabaab-Basen nahe Garbahare (Region Gedo) an. Sicherheitskräfte der Interim South West Administration (Regionen Bay, Bakool and Lower Shabelle) begannen am 19.07.17 mit Unterstützung der somalischen Armee eine Operation zur Rückgewinnung von Hochburgen der al-Shabaab zwischen den Städten Bardale und Baidoa (Region Bay). Soldaten der kenianischen Armee und Sicherheitskräfte der Interim Jubaland Administration (Regionen Gedo, Lower Juba und Middle Juba) sollen bei einem Stoßtrupppunternahmen in Dhobley, Distrikt Afmadow (Region Lower Juba) am 19.07.17 einen al-Shabaab-Führer getötet haben, der für Operationen der Extremisten in der Gegend verantwortlich war. Die al-Shabaab nahm am 21.07.17 die Ortschaft Bulogud nahe Kismayo (Region Lower Juba) ein. Die somalische Armee zerstörte am 21.07.17 einen al-Shabaab-Stützpunkt in der Ortschaft Tortorow nahe Afoi (Region Lower Shabelle), der als Basis für Anschläge in den Regionen Lower Shabelle und Bay gedient hatte. Bei Zusammenstößen zwischen Bewohnern der Ortschaft Herale (Region Galgudud) und Kämpfern der sufitisch geprägten islamistischen Miliz Ahlu Sunna wal Jama'a (ASWJ) am 20. und 21.07.17 kamen mindestens fünf Personen ums Leben.

### **Mitarbeiter von Hilfsorganisationen entführt**

Am 15.07.17 entführte al-Shabaab in der Ortschaft Garsata nahe Baido (Region Bay) sieben Mitarbeiter einer einheimischen Hilfsorganisation. Die Extremisten sollen 20.000 USD für die Freilassung der Opfer fordern. Vier somalische Mitarbeiter einer weiteren NGO wurden am 21.07.17 in der Nähe von Beledweyne (Regin Hiiraan) entführt.

### **Ausländischer Kämpfer exekutiert**

Al-Shabaab richtete am 17.07.17 einen ihrer ausländischen Kämpfer hin. Es handelte sich um einen Kenianer, der sich bei einem Kommandeur der Extremisten über die Taktik der al-Shabaab im Osten Kenias beschwert haben soll.

## **Türkei**

### **Prozess gegen Zeitungsmitarbeiter**

Heute beginnt in Istanbul der Prozess gegen 17 Mitarbeiter der Cumhuriyet, eine der letzten unabhängigen Zeitungen. Ihnen wird vorgeworfen, durch Veröffentlichungen Propaganda sowohl für die Gülen-Bewegung als auch für die PKK und die DHKP/C betrieben und damit Terrororganisation unterstützt zu haben. Elf der Angeklagten sind in U-Haft, sechs unter Auflagen frei oder untergetaucht.

### **Erdogan verbittet sich Einmischung Deutschlands**

Staatspräsident Erdogan forderte den deutschen Außenminister Gabriel auf, sich nicht in türkische Angelegenheiten einzumischen. Sein Regierungssprecher warf der Bundesregierung zudem versuchte Einflussnahme auf die Justiz vor. Die Türkei reagierte damit auf eine Äußerung Gabriels, der vergangene Woche als Reaktion auf die Verhaftung von Menschenrechtsaktivisten die Reisehinweise verschärft und erklärte hatte, deutsche Kredite für Investitionen sowie deutsche Militärhilfe sollten überprüft werden.

### **Verlängerung des Ausnahmezustands**

Ein Jahr nach dem Putschversuch wurde der Ausnahmezustand zum vierten Mal verlängert. Am 17.07.17 stimmte die Mehrheit im Parlament dem Beschluss der Regierung über eine Verlängerung um weitere drei Monate bis zum 19.10.17 zu. Der Ausnahmezustand ermöglicht es Staatspräsident Erdogan, weitgehend per Dekret zu regieren. Die Opposition kritisierte, dass die Sonderregeln inzwischen zum Dauerzustand geworden seien.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing-Notes  
ivs-anfragen@bamf.bund.de